

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 3

Rubrik: Information

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Information

Staatliche Ausbildung von Militärdienstverweigerern

Endlich, nach einem siebzehnjährigen Kampf von Seiten der Militärdienstverweigerer hat das norwegische Parlament einen Vorschlag zur Errichtung einer Ausbildungsschule für alle Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen angenommen.

Seit 1953 haben die norwegischen Friedensorganisationen immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Militärdienstverweigerer auf ihren Zivildienst vorzubereiten und auf die Wichtigkeit ihrer Unterrichtung und Übung in gewaltfreien Aktionen aufmerksam gemacht. Seitdem wurde diese Frage verschiedene Male behandelt. Während den letzten Jahren haben einige Militärdienstverweigerer sich geweigert, ihren Zivildienst zu erfüllen, mit der Begründung, daß dieser ihr Friedensanliegen nicht fördere und es kein Gegenstück zur militärischen Ausbildung gebe. Solche und andere Aktionen machten es den Behörden unmöglich, angemeldete Postulate zu übersehen. Im April 1970 hat das Justizministerium, welches sich in Norwegen mit der Militärdienstverweigerung zu befassen hat, einen Vorschlag zur Errichtung einer Ausbildungsschule für Militärdienstverweigerer eingebracht. Dieser Vorschlag ging aber auf das Verlangen nach Schulung und Uebung in gewaltfreien Aktionen nicht ein und die Militärdienstverweigerer arbeiteten darauf eine eigene eingehende Vorlage aus, welche sie in dem selben Monat noch dem Parlament zugehen ließen.

Die Diskussion im Parlament ergab einen Kompromiß bezüglich der beiden Vorlagen, wobei aber dem Vorschlag der Militärdienstverweigerer der Vorzug zukam. Es wurde beschlossen, daß eine obligatorische Ausbildungsschule für Militärdienstverweigerer möglichst bald errichtet werden und der Unterrichtsplan Vorbereitungen auf den Zivildienst enthalten solle (die meisten Militärdienstverweigerer arbeiten in sozialen Institutionen), aber auch Friedens- und Konflikttheorie, Informationen über die Entwicklungsländer und — vor allem von den Militärdienstverweigerern geschätzt — theoretische und praktische Unterrichtung in gewaltfreier Handlungsweise. Diese Ausbildungszeit soll zwölf Wochen betragen. Auch sollen Vertreter der Militärdienstverweigerer an der Planung der Schule teilhaben.

Die Errichtung dieser Schule ist ein guter Schritt vorwärts im Kampfe der Militärdienstverweigerer. Doch bleiben noch einige Probleme zu lösen übrig, wenn die Schule, wie erwartet, nächsten Sommer eröffnet wird. In bezug auf den Unterrichtsplan wollen die Behörden nur der Vorbereitung auf den Zivildienst Bedeutung beimessen, während die Militärdienstverweigerer vor allem an der Unterrichtung in und Uebung von gewaltfreien Aktionen interessiert sind. Zudem befürchten sie, daß die

Schule irgendwie in die militärische Gesamtverteidigung eingereiht werden soll. Doch, ihr Kampfgeist ist lebendig und sie sind entschlossen, weiterzukämpfen, damit die Schule zweckentsprechend und von aller Bezogenheit auf das Militär vollständig frei wird. IFOR

Kanadische Friedensgruppen kämpfen gegen wirtschaftliche und Waffenlieferungen an die USA für den Vietnamkrieg

Der Versöhnungsbund führt seit vier Jahren, in Verbindung mit anderen Friedensgruppen, als «Vereinigung für eine Vancouver Friedensaktion», jeden Samstag über Mittag in der City eine «Wöchentliche Mahnwache für den Frieden in Vietnam» durch. Jede Woche werden dabei etwa siebenhundert Flugblätter verteilt, welche fortlaufend Zitate von öffentlich bekannten Persönlichkeiten und wichtige Informationen über den Krieg bringen, um die kanadische Bevölkerung mit ihnen bekannt zu machen und zum Aufmerken aufzurufen. Die Kanadier werden etwa aufgefordert, auf ihre Regierung einen Druck auszuüben, damit sie sich mit der schwedischen verpflichtet, künftig jede Verschiffung von Kriegsmaterial nach den USA für Vietnam zu unterlassen. Kanada ist gegenwärtig der größte Lieferant von Kriegsmaterial an die USA und versieht sie mit wichtigen chemisch-biologischen Informationen zur Kriegsführung. Solches steht im Gegensatz zu Kanadas Mitgliedschaft in der Internationalen Kontrollkommission für Vietnam. Die Vancouver Friedensgruppen sind der Auffassung, daß die Unabhängigkeit, sittliche Lauterkeit und das Ansehen als Friedensstifter in der Welt durch Kanadas Verflochtensein mit dem Indochinakrieg gefährdet wird. IFOR

Andachtsraum im Pentagon!!

Kurz vor Weihnachten wurde im Pentagon in Washington ein neuer Andachtsraum eingeweiht. Verteidigungsminister Laird (der übrigens presbyterianischer Kirchenvorsteher ist) sagte bei dieser Gelegenheit, der neue Raum sei ein Ort, «wo geistliche Bedürfnisse befriedigt werden können». Er betonte, daß das Pentagon dem Frieden diene und daß «dieser Raum eine Bestätigung dieses Ziels» sei. — Es gibt jetzt zwei Andachtsräume im Pentagon, die sich in der großen Eingangshalle befinden und einander gerade gegenüber liegen. Beide sind mit farbigen Glasfenstern geschmückt und — wie die amerikanische Zeitschrift 'Christianity Today' schreibt — «modern und geschmackvoll» eingerichtet. Der eine ist für Gottesdienste bestimmt, während der andere für private Meditationsübungen reserviert ist. EPD

Süd-Afrika geht einer Krise entgegen

Die Lage in den südlichen Regionen Afrikas ist heute höchst explosiv. Die weiße Mehrheit, welche die Macht ausübt und für ihr Wohl sorgt,

versucht, die afrikanische schwarze Mehrheit unter Druck zu halten. Es scheint aber undenkbar zu sein, daß die afrikanischen Völker einen solchen Zustand noch länger andauern lassen wollen. In jedem Gebiet, mit welchem das unabhängige Afrika an die Regionen, die von Weißen regiert sind, angrenzt, befindet sich die Bevölkerung in einem bewaffneten Widerstand. Dies ist der Fall in Angola seit 1961, in Mozambique seit 1964 und in Rhodesien seit 1967. Es gibt auch gelegentliche bewaffnete Auseinandersetzungen in Süd-Afrika und Südwest-Afrika. Der Widerstand ist in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique besonders ausgedehnt. Weite Gebiete, die von Hunderttausenden bewohnt sind, sind befreit und der portugiesischen Kontrolle entzogen worden. Dabei sind Tausende von Leben verloren gegangen. Es gibt genügend Zeichen dafür, daß dieser Krieg sich künftig verstärken und daß er sich breiter auswirken wird. Aus allen Teilen der Welt werden jetzt schon Waffen geliefert.

Die afrikanischen Staaten Zambia und Tanzania, welche militärisch schwach sind, werden die ersten Opfer in dieser Auseinandersetzung sein. Nicht nur deshalb, weil sie die in den benachbarten Ländern, welche von Weißen regiert werden, rebellierenden Gruppen unterstützen, sondern auch deshalb, weil diese ordentlich regierten afrikanischen Staaten den Afrikanern ein anziehendes Beispiel geben, verglichen mit den Zuständen in Rhodesien oder den portugiesischen Kolonien. Schon wurde eine Flugmaschine, mit welcher Präsident Kaunda von Zambia hätte reisen sollen, zerstört; eine Bombe explodierte an Bord. An Weihnachten 1969 wurde eine Ölleitung, welche von Dar-es-Salaam nach Zambia führt, von einer Explosion zerstört. Im letzten Moment gelang es Wärtern, eine wichtige Brücke einer Verbindungsstraße zwischen diesen beiden Ländern vor einer Zerstörung durch Bomben zu retten .

Die gegenwärtige Lage im Süden Afrikas ist in mancher Hinsicht mit der Lage in Vietnam, vor etwa zehn Jahren, zu vergleichen. Die westlichen Demokratien beliefern die weißen Regierungen mit Waffen. Die afrikanischen und kommunistischen Länder unterstützen eifrig die unterdrückten Völkergemeinschaften. Auf diese Weise wird der Krieg im Süden Afrikas von einer lokalen Angelegenheit in eine weltweite Auseinandersetzung verwandelt.

Die ersten Opfer einer solchen Entwicklung werden die Einwohner dieser Länder sein. Ihrer wartet eine Massenvernichtung. Dies zeigt der Krieg in Vietnam deutlich. Zudem, weil sie von verschiedenen Ländern in der Welt Unterstützung erhalten, stehen die Unabhängigkeitsbewegungen in Gefahr, in ein Lager getrieben zu werden, zu dem sie nicht gehören, aber auch nicht gehören wollen. Sind sie einmal in die kommunistische Interessensphäre geraten, dann ist es für sie sehr schwer, für ihren Kampf gegen die weiße Regierungsmacht Hilfe aus dem Westen

zu erhalten. In diesem Sinne sind die südlichen Regionen Afrikas durch eine «kommunistische Aggression» gefährdet.

Allerdings ist der Westen ebenfalls in Gefahr, ein Gefangener dieser Art von Auseinandersetzungen zu werden, weil er in den gleichen Topf mit den Unterdrückern von Demokratie und Freiheit geworfen wird. Solches führt zu unerfreulichen Rückwirkungen in den westlichen Ländern selber. Von uns werden finanzielle Opfer für diese Sache gefordert werden und westliche Soldaten werden ihr Leben verlieren müssen, wie dies nun schon in Portugal geschieht. Westliche militärische Zeitschriften verlangen jetzt schon den Abschluß eines Militärbündnisses mit Süd-Afrika und die Ueberführung von NATO-Einheiten und NATO-Schiffen zu Manövern in die südlichen Regionen von Afrika. Ungesinnt stehen wir in der Gefahr, in eine Auseinandersetzung auf weltweiter Ebene verwickt zu werden, welche das politische Klima für viele Jahre in der Zukunft vergiften kann.

Der drohende Krieg in den südlichen Regionen Afrikas stellt uns vor eine Reihe von wichtigen Fragen, die wir nicht übersehen dürfen. Sollten wir nicht jetzt schon entscheidende Schritte unternehmen, um das kommende Blutbad zu verhindern? Sind wir sicher, daß wir jetzt die Entwicklungen nicht so ihren Weg gehen lassen, daß es einmal zu spät sein wird, die Gefahr abzuwenden? Hat uns nicht die übelbeleumdeten Eskalation in Vietnam gelehrt, wie ein Land über Nacht in einen endlosen Krieg verwickt werden kann, weil es an wahrheitsgemäßen Informationen fehlte? Kann man nicht auf diese Weise zum Verbündeten eines Regierungssystems werden, welches in keiner Art eine Unterstützung verdient? Hätte nicht der sich immer mehr ausweitende Krieg in Vietnam verhindert werden können, wenn man ihm früh genug eine größere Aufmerksamkeit geschenkt hätte, was einen minimen Teil der Kosten gekostet hätte, welche die bisherigen Entwicklungen verschlungen haben? Unserer Meinung nach muß das zu erreichende Ziel jetzt darin gesehen werden, daß der Westen seine Waffenlieferungen einstellt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die politische Unterstützung der weißen Minoritätsregierungen in den südlichen Regionen Afrikas unterläßt. Diese politische und materielle Unterstützung sollte den unterdrückten Völkern und den Organisationen zugutekommen, welche für die Selbstbestimmung und die Entwicklung dieser Völker kämpfen. Außerdem sollten die Völker des Westens mit wahrheitsgemäßen Informationen versehen werden, die auf ernsthaftem Studium der Sachlage beruhen.

IFOR, 18. Jan. 1971

Südliches Afrika — ein zweites Vietnam?

Die UNO-Menschenrechtskommission (der die Schweiz noch immer nicht angehört, Red.) veröffentlicht eben einen Bericht, in welchem Südafrika, Rhodesien und Portugal des Völkermordes an Afrikanern beschuldigt wer-

den. Gemeinsam ist beiden, Südafrika-Rhodesien, daß sie ganze Völkergruppen ihres Stammlandes berauben, falls weiße Farmer dafür Verwendung haben, und den Schwarzen unwirtliche neue Siedlungsgebiete anweisen. Die Expertengruppe der Menschenrechtskommission stellt fest, daß solche Verschickungen «Elemente des Völkermordes» in sich bergen; gewiß ein scharfes, doch kein übereiltes Urteil, haben doch die Experten ihre Untersuchungsresultate erst nach vier Jahren langen Studien veröffentlicht.

Weitere Anklagen beziehen sich auf Strafaktionen in Angola, bei denen in Deutschland hergestellte Pflanzengifte über die Felder von Afrikanern versprüht werden. Neben solchen Maßnahmen, die der rebellischen Bevölkerung die Nahrungsgrundlage entziehen sollen, nimmt Portugal, wie festgestellt wurde, Massenhinrichtungen von Personen vor, die verdächtig sind, Gegner des Regimes zu sein, aber auch von harmlosen Zivilisten. Besonderen Repressalien, zum Beispiel Kollektivstrafen, werden Menschen ausgesetzt, die Freiheitskämpfer unterstützen.

Diese Vorgänge stellen eine unheilvolle Parallele zu den Strafaktionen in Vietnam dar, angefangen von den Verschickungen und Massenhinrichtungen bis zur Vergiftung der Äcker. Auch der Vorwand — Kampf dem Kommunismus — wie das Ergebnis, wird mit Vietnam am Ende dieses Neokolonialkrieges übereinstimmen: Zerstörung statt Aufbau. Das Polizeitreffen in Salisbury verheißt nichts gutes für die kommenden Monate.

Der Weg Rhodesiens

Wir berichteten in der Januarnummer der «Neuen Wege», wie die rhodesische Regierung Mitte November letzten Jahres das hoffnungsvolle Aufbauwerk COLD COMFORT FARM brutal zerstörte. Es stellte eine Bresche dar in der Mauer der Apartheid, des Rassenhasses, der die Ideologie Südafrikas und nun auch Rhodesiens bildet. Nachstehender Bericht aus dem englischen «Observer» (21. Februar 1971) zeigt, auf welch abschüssigem Weg Rhodesien sich befindet und gibt einige Anhaltspunkte über künftige Entwicklungen.

«Angelockt von der romantischen Aura einer Rebellen-Kolonie begaben sich derzeit Tausende von Touristen — mit Südafrikanern, Deutschen und Amerikanern als Hauptkontingenten — nach Rhodesien. Wer von ihnen letzte Woche in Salisbury weilte, kam in den Genuß einer besonderen Attraktion. Die höchsten Ränge der Geheimpolizei, deren Aufgabe es ist, im südlichen Afrika die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die schwarze Mehrheit durchzuführen und den Aufstand zu verhindern, trafen sich in Salisbury.

Sie waren aus Südafrika, Portugal, Mozambique und Angola ge-

kommen und logierten zusammen im gleichen Hotel, das für sie reserviert worden war. Zu ihnen stießen die Kader der eigenen geheimen Staatspolizei, der Gestapo Rhodesien, die noch nicht mit den raffinieritesten Methoden der Sicherung der weißen Herrschaft vertraut sein mögen. Die Verhandlungen des Polizeitreffens waren natürlich geheim. Der Gestapoboß aus Portugal, Major Pais, ging sogar soweit zu behaupten, er sei nur als Tourist gekommen und gedenke, einige alte Freunde zu besuchen.

Der Anblick dieser unheimlichen Gäste im britisch-vornehmen Salisbury bot den fremden Touristen tatsächlich einige Abwechslung. Major Pais ist der Befehlshaber einer auch in Portugal leidenschaftlich gehaßten Polizeitruppe und sein zur Schau getragener niedriger Rang war wirklich nur Tarnung.

Am meisten Aufmerksamkeit erregte Südafrikas General Hendrik van den Bergh, der Chef von «Boss» («Bureau of State Security»). Auffallend hochgewachsen, mager, von professoralem Aussehen, war er der Mann, der in der «Sicherheitskampagne» der sechziger Jahre jeden Widerstand, ob weiß oder schwarz, niederschlug. Während des Zweiten Weltkrieges war er zusammen mit jenen Afrikanern interniert, die nichts gegen Nazi-Deutschland unternehmen wollten. Er ist eng befreundet mit Premierminister Vorster (Südafrika) und verbrachte die Kriegszeit im selben Interniertenlager von Koffiefontein.

Da die afrikanischen Freiheitskämpfer in letzter Zeit Rhodesien nicht ernsthaft bedrohten, nimmt man dort allgemein an, das Salisbury-Treffen der Polizei richte sich gegen «Frelimo», die aktive Freiheitsbewegung der benachbarten Provinz Tete in Mosambik. Wenn auch Portugal jedes Jahr von neuem behauptet, Frelimo liquidiert zu haben, wird ihre Drohung, den Cabo-Bassa-Kraftwerk-Complex zu zerstören, doch noch ernst genommen, ist doch ganz Weiß-Südafrika an dessen Bau interessiert.

HEKS fordert Schadenersatz von der rhodesischen Regierung

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz verlangt von der rhodesischen Regierung eine Entschädigung in der Höhe von 70 000 Fr. wegen der Schließung der «Cold Comfort Farm». Gleiche Forderungen meldeten auch die Oekumene für 230 000 Fr. und die FEPA (Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika) für 70 000 Fr. an. Die Schadenersatzforderung macht deutlich, daß die genannten Organisationen das willkürliche Vorgehen der rhodesischen Regierung nicht einfach hinnehmen wollen.

Der weiße Mitbegründer der Farm, Guy Clutton Brock, der von der Regierung aus Rhodesien ausgewiesen wurde, hält sich zur Zeit in der Schweiz auf.

HEKS-Informationen, Febr. 1971

Finanzielle Schwierigkeiten der Konfessionsschulen in Rhodesien

Wie aus Salisbury gemeldet wird, müssen ungefähr zweihundert von Methodisten geleitete Grundschulen geschlossen werden, weil die Schulleitungen sich weigerten, eine fünfprozentige Kürzung der Regierungssubventionen für die Lehrergehälter auszugleichen. Bereits letztes Jahr wehrten sich die Methodisten gegen Gehaltskürzungen und erklärten, sie würden nicht die dadurch möglichen zusätzlichen Staatsausgaben ausgleichen. Die Gehaltskürzung der rhodesischen Regierung betrifft alle kirchlichen Schulen in diesem Land. 26 Kirchen unterhalten 2 871 afrikanische Grundschulen mit rund 14 000 Lehrern, die über 500 000 Schüler unterrichten. Die katholische Kirche mit ungefähr 3 500 Lehrern an 820 Schulen hat beschlossen, alle katholischen Missionsschulen zu schließen.

Die Regierung forderte die Konfessionsschulen auf, die Gehaltskürzung durch private Geldmittel der Missionen oder durch Erhöhung der Schulgelder auszugleichen. Die finanziellen Mittel der Kirchen sind jedoch beschränkt und man möchte nicht den schwarzen afrikanischen Eltern, von denen die meisten doch recht arm sind, zusätzliche finanzielle Lasten aufzubürden.

EPD

China ist nicht aggressiv

Der Ausschuß für Christliche Sozialtätigkeit der Vereinten Christlichen Kirchen fordert «eine neue politische Einstellung der Vereinigten Staaten China gegenüber, die zum Ausdruck bringt, daß die Regierung der Volksrepublik China die rechtmäßige chinesische Regierung ist». In einer der letzten Ausgaben publizierte «Fellowship» («Bruderschaft», das Mitteilungsblatt dieser Kirche) einen Kommentar von PEARL BUCK, der bekannten Schriftstellerin unter dem Titel: «Ein Angriffskrieg entspricht nicht dem chinesischen Charakter». «Fünftausend Jahre einer traditionellen Einstellung gegen solche Kriege können sich kaum in fünfzig Jahren ins Gegenteil verwandeln, selbst nicht unter einem kommunistischen Regime», waren ihre Worte. «Vor langer Zeit schon verwarf das chinesische Volk Aggressivkriege als kostspielig, undurchführbar und unmenschlich. Die Chinesen sind unendlich geduldig, wenn auch zu allen Zeiten überzeugt davon, daß sie im Recht und weise sind — ganz gleich wer sie regiert.» Pearl Buck ist überzeugt, daß China ständig die Militärkräfte Nordvietnams unterstützt. «Mit einem Minimum an Kosten zwingen sie uns, ein Maximum an Geld und Menschenleben einzusetzen.» «Warum sollten sie Angriffskriege führen?», fragt Pearl Buck, «sie haben andere, eigene Methoden zu gewinnen.»

Es wäre ein Zeichen der Größe, wenn die Vereinigten Staaten die

Weisheit der Non-Aggression lernen könnten, welche die Chinesen seit Tausenden von Jahren praktizieren.

(Aus: «Churchman», Januar 1971)

«Man muß sich erinnern, daß die Chinesen zu allen Zeiten die bürgerlichen Tugenden mehr als die militärischen geschätzt haben. Es stimmt, daß sich die Chinesen in der Neuzeit zur militärischen Großmacht entwickelt haben. Sie bewährten sich sehr gut gegenüber den schlimmsten Kräften, die der Westen im Koreakrieg gegen sie einsetzen konnte. Die Situation ist heute ganz anders als im 16. Jahrhundert, als fremde Besucher den Eindruck hatten, China wäre mit ein paar Bewaffneten einzunehmen wir jene, die von Cortes oder Pizarro geführt wurden. Immerhin zeigen Sprichwörter wie «Man braucht nicht gutes Eisen für Nägel, noch verwandelt man gute Menschen in Soldaten» ein Urteil über militärische Tugenden, das, wie ich glaube, noch lange andauern wird.»

(Joseph Needham in «China und der Westen»)

Die Zukunft chinesischer Universitäten

Einer Studie über «Student Dissent» (Studentischer Widerstand) in China, die von Charles M. Martin — einem Harvard-Doktoranden — in Verbindung mit dem Universities Service Centre, Hong Kong, durchgeführt wurde, entnehmen wir aus dem «Bulletin of the Atomic Scientists», Jan. 71:

Obschon China vor 1966 (Beginn der Kulturrevolution) kein Lossagen von akademischen Studien kannte wie es sich im «College-drop-out» in USA manifestierte, war man sich in Dozenten-Kreisen wie unter den Studierenden bewußt, daß vieles von der traditionellen pädagogischen Praxis anfechtbar war. Fragen tauchten auf, wie etwa: Ist der Druck des Studienbetriebs nicht zu groß? Bilden wir Auswendiglerner heran statt selbständig Denkende? Haben unsere uralten Beurteilungssysteme vielleicht mehr geschadet als genutzt? Dies sind ein paar der Probleme, die den Chinesen auf dem Magen liegen.

Einige von ihnen wurden von den Kommunisten schon längst erkannt, aber ihre Art, sie anzupacken, erwies sich als wenig wirksam. In den fünfziger Jahren zum Beispiel, wurde Universitätsbehörden und Dozenten von der Zentralregierung immer wieder vorgeworfen, ihr Studien-Programm sei zu schwer. Eine Vorschrift, die festlegte, daß Studenten neben ihren Vorlesungen nicht mehr als 54 (!) Stunden wöchentlich studieren dürften, wurde sehr oft nicht beachtet. Die Folge war körperliche und geistige Ueberforderung. Dazu kam, daß unter solchen Bedingungen das politische Studium vernachlässigt wurde.

Zu einem Frontalangriff auf die erwähnten Probleme kam es mit der Kultur-Revolution. Lehrmittel wurden modernisiert, Lehrbücher neu

verfaßt, wobei ein großer Teil ihres theoretischen Inhalts weggelassen und jenen Abschnitten geopfert wurde, die direkt zur Lösung von Produktionsproblemen beitragen. Die Anzahl von Kursen, die der Student zu absolvieren hat, wurde ebenfalls reduziert. Wenn diese Änderungen einmal vollständig durchgeführt sein werden, glauben die radikalen Reformer, müsse der akademische Druck sich mildern. Als Ergebnis neuer Auffassungen wird bereits bekannt gegeben, daß Ingenieur- und Naturwissenschafts-Abteilungen in Zukunft statt Sechsjahr-Kursen Zwei-, Drei- und Vierjahr-Kurse bieten werden. Der reguläre Kursus wird zwei oder drei Jahre umfassen, wobei für Begabte die Möglichkeit besteht, ein weiteres Jahr für akademische Studien auf Nach-Diplom-Niveau zu verwenden.

Frühere Methoden der Leistungs-Beurteilung, wie die gewöhnlichen Trimester- und Abschluß-Examen wurden ebenfalls heftig kritisiert. Man wendet gegen sie ein, nicht allein, daß ihr Druck zu sehr auf dem Studierenden lastet — sie fördern auch eine Konkurrenz-Mentalität, die in einer sozialistischen Gesellschaft nicht am Platze ist. Dazu verstärken solche Examina eine bei chinesischen Studenten ohnehin bestehende Neigung, die Aeußerungen ihrer akademischen Lehrer in einem Maße zu respektieren, das an Verehrung grenzt. Wenn sie Prüfungen ablegen, geben sie lieber papageienhaft wieder von sich, was man sie gelehrt hat, anstatt schöpferisch über ein Problem nachzudenken. Solche Praktiken, sagt man, verhindern wirtschaftlichen Fortschritt.

Bis jetzt läßt immerhin nichts vermuten, daß die Chinesen irgendeine revolutionäre Alternative zum alten System entdeckt haben. Die Examina bleiben, aber die Professoren sind angewiesen worden, Prüfungen so anzulegen, daß an die Phantasie mehr als an das Gedächtnis appelliert wird. Auch Ueberraschungstests werden reduziert. Seit 1965 werden Examina durchgeführt, bei denen der Kandidat Lehrbücher und alle Hilfsmittel benützen darf. Offene Kurse ohne Examen werden ebenfalls erwogen. Schließlich hat die Reform auch einen eminent politischen Grund.

Wie die gemeinsamen Aufnahmeprüfungen waren die Trimester- und Abschlußexamens in ihrer früheren Vor-Kulturrevolutionsform dazu angetan, Studenten aus einfachen oder armen Familien zu benachteiligen, auch nachdem sie aufgenommen worden waren. Dies erklärt, warum man davon spricht, ein System «demokratischer Beurteilung» (democratic grading) einzuführen. Es wird vorgeschlagen, daß der Student am Ende jedes Trimesters eine Selbsteinschätzung niederschreibe, die von einem Prüfungsausschuß (panel), bestehend aus politischen Beamten, Professoren und Studenten durchzulesen wäre. Dieses Panel würde hierauf den Erfolg des Studenten beurteilen.

Wenn einmal alle Universitäten den Betrieb wieder voll aufgenom-

men haben, wird das akademische Bild schon anders aussehen als 1966, da dieses letzte Kapitel der chinesischen Revolution begann.

Es ist schon so, daß im Ganzen gesehen, die Kulturrevolution eine Anomalie im Weltgeschehen darstellt, wie auch als Versuch des Reiches der Mitte, seine politische Persönlichkeit zu statuieren und sich zugleich einen Weg zu schneller wirtschaftlicher Entwicklung zu sichern. Und doch wäre es nicht ganz richtig, darin eine Episode zu sehen, die nur auf China beschränkt ist. Hinter gewissen bizarren Zügen wie «Rote Garden», «rote Büchlein» und Mao-Verehrung lassen sich manchmal Umrisse von Problemen ausmachen, die auch den Amerikanern nicht fremd sind.

In beiden Ländern ist in den letzten fünf Jahren eine noch nie dagewesene Diskussion über die Zukunft der Universität entstanden. Während die Szenerie, die Taktik und der Stil der chinesischen Bildungs-Debatte sich von der amerikanischen deutlich unterscheidet, sind sich die zur Diskussion stehenden Themen ziemlich ähnlich. In beiden Ländern wird versucht, den Lehrgang der Universität mehr auf die gesellschaftlichen Nöte eingehen zu lassen; sie experimentieren beide mit neuen Lehrmethoden, die ein feineres Gefühl für die Eigentümlichkeiten des Lernprozesses aufweisen. Schließlich bemüht man sich da wie dort, wirtschaftlich benachteiligten Gruppen eine höhere Ausbildung zu verschaffen. Wenn man diese gemeinsamen Züge beider Entwicklungen vergleicht, sehen die Unterschiede weniger bedrohlich aus, und erweisen sich die politischen Konsequenzen als leichter lenkbar.

Red.

Einladung zur Jahresversammlung

der Religiös-sozialen Vereinigung und der Vereinigung 'Freunde der Neuen Wege'
Wir treffen uns zur Jahresversammlung am 25. April 1971, 9.30 Uhr,
wie üblich im Hause des VHTL, gegenüber dem Bahnhof Wiedikon in Zürich

Vormittags öffentlicher Vortrag. Es spricht:

Dr. Fritz Vilmar, Frankfurt am Main

**Privatwirtschaftliche Rüstungsinteressen —
eine Bedrohung des Weltfriedens**

Diskussion

Dr. Fritz Vilmar, geb. 1929, studierte Theologie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft wissenschaft in Marburg, Hamburg und Frankfurt am Main, seither als freier Soziologe und Publizist tätig, Mitarbeiter verschiedener Monats-Zeitschriften und Rundfunkanstalten, Verfasser des Standardbuches «Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus».

Nachmittags: **Mitgliederversammlung**

Es lädt ein: Der Vorstand

Adressen der Mitarbeiter:

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch D. D., 7302 Lich (Oberhessen) BRD
Vikar Moritz Bühlmann, Sophiestraße 5, 3072 Ostermundigen BE
Pfr. Willi Kobe, Reinacherstraße 18, 8032 Zürich
Dr. Helen Kremos, Florastraße 54, 8008 Zürich
Dr. Berthe Wicke, Florastraße 54, 8008 Zürich